

Kampfansage gegen den politischen Islam: Mikl-Leitner sorgt für Skandal!

Landeshauptfrau Mikl-Leitner präsentiert Aktionsplan gegen radikalen Islam in Österreich: Strafen, Integration und gesellschaftliche Spannungen.

Österreich -

Die österreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und ihr Stellvertreter Udo Landbauer (FPÖ) haben kürzlich den angekündigten Aktionsplan zur Bekämpfung des radikalen Islam präzisiert. Der Plan umfasst drastische Maßnahmen wie Strafen bei verweigerten Elterngesprächen, das Festhalten an einem traditionellen Kreuzsymbol in Schulen und Kitas sowie die Möglichkeit, Personen, die Niqab oder Burka tragen, im Landesdienst zu entlassen. Mikl-Leitner erklärte, dass man alles unternehmen werde, um den radikalen Islam zurückzudrängen, was von vielen in der Gesellschaft kritisch gesehen wird, wie [noen.at](https://www.noen.at) berichtet.

Kritik an Mikl-Leitners Äußerungen

Die Äußerungen von Mikl-Leitner, die im Rahmen eines Interviews getätigt wurden, provozieren erheblichen Widerstand. Besonders die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) fordert eine Entschuldigung für ihre Aussagen, in denen die Landeshauptfrau den politischen Islam als Bedrohung bezeichnete, und betonte, dass man harte Maßnahmen gegen Integrationsverweigerer ergreifen müsse. Ihre Bemerkungen über die Missachtung von österreichischen Sitten und Gesetzen

durch Zuwanderer stießen auf Empörung, insbesondere bei den Grünen. Helga Krismer, die Sprecherin der Grünen in Niederösterreich, bezeichnete Mikl-Leitners Aussagen als „Entgleisung“, und sieht in diesen Äußerungen einen Vorbote für eine blau-schwarze Regierung im Bund, wie von **oe24.at** berichtet.

Die politische Debatte bringt auch die Überlegung mit sich, dass eine verstärkte Regulation gegen den politischen Islam in diesem Kontext eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Spannungen darstellt. Mikl-Leitner bleibt standhaft in ihrer Position und argumentiert, dass die Bekämpfung von Hass und Spaltung durch klare und strengere Gesetze notwendig sei, um eine stabile und integrierte Gesellschaft zu gewährleisten. In diesem Sinne drängt sie auf eine Verschärfung der bestehenden Gesetze zur Bekämpfung von Radikalisierung und zur Förderung der Integration.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• www.noen.at • www.oe24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at